

Im „Thema des Monats“ **auf der Webseite des Bezirks** geht es um den „Fahrplan zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung“, den das Bezirksamt vor knapp einem Jahr beschlossen hat. Das Integrationsbüro koordiniert die Umsetzung. Alle BVV-Fraktionen nehmen jetzt dazu Stellung. Wir fassen die Meinungen hier zusammen.

**Charlottenburg-Wilmersdorf sei weltoffen und vielfältig**, findet **Constanze Röder** (SPD). Leider gebe es aber auch hier Rassismus. Deshalb unterstütze ihre Fraktion die Arbeit des **Registers Charlottenburg-Wilmersdorf**, das rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle dokumentiert, und die **Partnerschaft für Demokratie**. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sei „ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Personalpolitik“, denn auch in den Ämtern „sollte sich die Vielfalt des Bezirkes abbilden“.

**Mehr interkulturelle Begegnungen** regt **Kristina Wagner** (CDU) an – zum Beispiel „in Form eines Teamtags“ mit Stadtteilführung, Moscheebesuch und/oder interkulturellem Kochen. Bisher bemängelten Integrationslots(inn)en die „großen Hemmungen von Migranten bei Behördenbesuchen“, insbesondere im Jugendamt. Ein dortiger Tag der offenen Tür könne dies ändern. Durch Praktika oder Hospitationen von „Multiplikatoren aus den Communities“ wäre es möglich, „Bewerber mit migrantischer Geschichte in der Verwaltung zu fördern“.

**Schon seit zehn Jahren** strebe es der Berliner Senat an, die Zahl der Verwaltungsmitarbeiter mit sogenanntem Migrationshintergrund entsprechend dem Bevölkerungsanteil zu erhöhen, schreiben **Koray Özbagci** und **Christoph Wapler** (Grüne). „In Charlottenburg-Wilmersdorf sind das über 40 Prozent – die Bezirksverwaltung ist weit davon entfernt.“ Dem Plan zur interkulturellen Öffnung müssten weitere Schritte folgen. Für junge Menschen mit Migrationsgeschichte fehle es an Vorbildern. Sinnvoll wäre etwa ein Modellprojekt, in dem Beschäftigte des Bezirksamts neue Kolleg(inn)en als Mentoren betreuen.

**Im Namen der FDP-Fraktion** begrüßt **Maximilian Rexrodt** (FDP) die „Roadmap“ der Verwaltung als Förderung der Vielfalt. Personengruppen mit „interkultureller Kompetenz“ sollten unterstützt werden. „Es darf aber nicht zu einer Bevorzugung kommen und somit der Grundsatz der Gleichbehandlung verlassen werden.“

**Michael Seyfert** (AfD) stimmt die typische Klage seiner Partei an: „Die Masseneinwanderung kulturfremder Menschen – viele bildungsfern, dafür religiös – führt auch zu Parallelgesellschaften, dies wiederum zur Zunahme sozialer Verwerfungen und Kriminalität.“

**Sebastian Dieke** (Linke) nennt es „wichtig, sowohl öffentlich auf der Straße als auch im Alltag gegen rassistische Tendenzen anzugehen“. Die Verwaltung solle „mit gutem Beispiel vorangehen“. Die Linksfraktion fordere eine Quotenregelung für Menschen mit migrantischen Wurzeln bei Stellenbesetzungen und in Führungspositionen. So könnten „interkulturelle Kompetenzen“ eingebracht und „Kultur- und Sprachbarrieren“ in Ämtern wie auch im Umgang mit Bürger(inn)en überwunden werden.